

Antrag

der Abgeordneten Hans-Kurt Hill, Eva Bulling-Schröter, Lutz Heilmann, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Dietmar Bartsch, Karin Binder, Heidrun Bluhm, Roland Claus, Heike Hänsel, Katrin Kunert, Michael Leutert, Dorothee Menzner, Dr. Ilja Seifert, Dr. Kirsten Tackmann und der Fraktion DIE LINKE.

Stufenbesteuerung und Quotenpflicht bei Biokraftstoffen zurücknehmen – Nachhaltigkeitskriterien umgehend einführen

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

- die stufenweise Besteuerung sowie die Quotenpflicht bei Biokraftstoffen der ersten Generation sofort zurückzunehmen und diese Biokraftstoffe bis Ende 2009 steuerfrei zu stellen;
- unverzüglich den Entwurf eines Zertifizierungssystems vorzulegen, das sowohl nachhaltige Anbaumethoden von Bioenergiepflanzen in Deutschland sicherstellt als auch den Import klimaschädlicher und Naturraum zerstörender Pflanzenöle bzw. den daraus erzeugten Biokraftstoffen verhindert;
- bei der Überkompensationsprüfung die Effekte für den Klima- und Umweltschutz, den Schutz natürlicher Ressourcen, die externen Kosten fossiler Kraftstoffe, die Versorgungssicherheit und die Realisierung eines Mindestanteils an Biokraftstoffen, wie von der europäischen Biokraftstoff-Richtlinie gefordert, umfassend zu berücksichtigen. Diese Faktoren sind dann zur Grundlage einer dynamischen Besteuerung heranzuziehen, die sich am schwankenden Marktpreis mineralischer Kraftstoffe orientiert;
- den Biokraftstoffbericht unverzüglich vorzulegen.

Berlin, den 14. Juni 2007

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

Im Verkehrssektor erwartet die EU für die kommenden Jahre die größten Zuwächse bei den Treibhausgasen. In Deutschland ist der Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂) im Verkehr seit 1990 um sechs Prozent gestiegen, während die Emissionen in allen anderen Sektoren gesunken sind. Um dem Klimawandel effektiv entgegen zu wirken und um die Importabhängigkeit von fossilen Energieträgern zu verringern, muss neben der Durchsetzung nachhaltiger Verkehrskonzepte der Anteil klimaneutraler Biokraftstoffe deutlich gesteigert werden.

Der Fortschrittsbericht Biokraftstoffe der EU-Kommission macht deutlich, dass u. a. mit der Steuerbefreiung von Biokraftstoffen der ersten Generation dabei die „größten Fortschritte“ erzielt werden kön-

nen. Es wird auch darauf hingewiesen, dass diese auch mittelfristig nicht mit fossilen Kraftstoffen konkurrieren können und Biokraftstoffe der zweiten noch nicht verfügbar sind.

Die stufenweise Besteuerung von Biokraftstoffen der ersten Generation behindert die Entwicklung klimafreundlicher Kraftstoffe insgesamt. Die Steuer hat dazu geführt, dass vor allem klein- und mittelständische Unternehmen insolvent gehen, da deren biogene Produkte unter jetzigen fiskalen Bedingungen – wie von der EU-Kommission zutreffend beschrieben – nicht mit den mineralischen Kraftstoffen konkurrieren können. Dadurch gehen öffentliche Fördergelder und mehrere tausend Arbeitsplätze verloren. Bei der von der EU vorgesehenen Überkompensationsprüfung sind von der Bundesregierung die Aspekte Klimaschutz, Importabhängigkeit und Nachhaltigkeit (soziale und ökologische Faktoren) weitgehend unberücksichtigt geblieben.

Auch der Zwang zur anteiligen Beimischung von Biokraftstoffen zu mineralischen Produkten hat wesentlich zur Schwächung klein- und mittelständischer Biokraftstoffbetriebe beigetragen und leistet keinen Beitrag zum Klimaschutz. Die kartellartig strukturierten Mineralölkonzerne erzwingen zur Erfüllung der Quotenpflicht Niedrigpreise für Biokraftstoffe, die z. T. unter den Produktionskosten kleinerer Betriebe liegen. Das führt bei Bioenergiepflanzen zu klimaschädlichen Anbaumethoden in Monokulturen sowie zur Bevorteilung von Import-Biokraftstoffen, die unter zweifelhaften sozialen und ökologischen Bedingungen erzeugt werden und deren Klimabilanz deutlich negativ ausfällt. Eine Aufhebung der Quotenpflicht stärkt daher heimische Biokraftstoffbetriebe, nachhaltige Anbaumethoden sowie den regionalen Absatz von Biokraftstoffen. Darüber hinaus wird einer weiteren Monopolbildung in der Mineralölwirtschaft und dem ökologischen Raubbau entgegengewirkt.

Unter Berücksichtigung nachhaltiger Anbaumethoden und bei Einbindung in regionale Wirtschaftskreisläufe leisten Pflanzenöle und Biodiesel als Biokraftstoffe der ersten Generation einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Sie wurden vor allem von klein- und mittelständischen Unternehmen im ländlichen Raum in Deutschland etabliert, deren Investitionen die Basis zur Fortentwicklung des Biokraftstoffmarktes und Durchsetzung zukünftiger Biokraftstoff-Produkte bilden. Mit der Quotenpflicht und der Stufenbesteuerung wird den Unternehmen die Grundlage für notwendige Investitionen in den Klimaschutz genommen.

elektronische
Vorbereitung